

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 04

Dezember 2014

Jahrgang 43

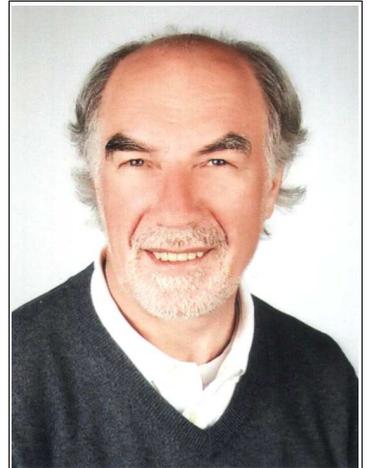
Heidenheim Hartz-IV-Hochburg

Püschel: Wegschauen ist die schlechteste Lösung!

OB lehnt Armutsbericht ab: Stadt hätte keine Daten für Statistik

Nach offiziellen Meldungen sind in Deutschland rund 13 Millionen Menschen (16 %) von Armut bedroht. Besonders Betroffen sind alleinerziehende Frauen, Rentner und Menschen mit Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte davon hätte keine Chance mehr, aus dieser Situation heraus zu kommen. Weiteren Meldungen zufolge ist die Stadt Heidenheim eine „Hartz-IV-Hochburg“. Auch der Landkreis ist nicht besser. Hier leben landesweit die meisten Arbeitslosen unter 15 Jahren. Knapp 80 Prozent aller Jugendlichen, die im Kreis Heidenheim von Hartz-IV leben, stehen ohne Ausbildung da. In seiner Haushaltsrede verwies DKP-Stadtrat Reinhard Püschel auf seinen Antrag, dass der Gemeinderat einen Armutsbericht erstellen soll. So einen Bericht wird auch die grüne Landesregierung erstmals erstellen,

aber auch der Landkreis mache in Abständen einen Sozialbericht. Püschel: „Menschen ohne Arbeit und mit geringem Einkommen sind auch Menschen um die sich die Stadt kümmern müsse. Ein Armutsbericht ist daher wichtig, weil wir nur so erfahren können, wie die Armutssituation in Heidenheim aussieht und wir nur dann in der Lage sind entsprechend zu reagieren. Wegschauen ist die schlechteste Lösung“. Was Püschel nicht versteht, ist, dass ihm der Oberbürgermeister schriftlich mitteilte, dass er seinen Antrag für einen Armutsbericht nicht dem Gemeinderat zur Abstimmung vorlegen will: „Der Stadt Heidenheim liegen die erforderlichen Daten, um solche Statistiken zu erstellen, nicht vor“.



**DKP Stadtrat
Reinhard Püschel**



Ein Kommentar

Wenn es nicht Scham ist, dann hält ein schlechtes Gewissen den Oberbürgermeister Bernhard Ilg davor ab, der Öffentlichkeit konkrete statistische Zahlen zur sozialen Situation der Menschen in unserer Stadt aufzuzeigen. Keine statistischen Werte dazu zur Verfügung zu haben, ist wohl die schlechteste Ausrede des Stadtoberhauptes. Zumal die DKP wiederholt die Zusammenarbeit mit dem Kreistag vorgeschlagen und gefordert hat. Zur kommunalen Beurteilung und zur Daseinsvorsorge zählen in unserer Stadt nicht nur die Ilg'schen Leuchttürme à la, Opernfest-Spielstadt, Ploucquet-Areal und die großzügige Euro-Bedienung für den FCH. Die Weigerung von OB Ilg, das Thema Armut auf der Tagesordnung des Gemeinderats zu beraten bestätigt wiederholt, dass die Armutsentwicklung, die prognostizierte Altersarmut oder der kommunale Mietwohnungsbau als soziale Verpflichtung weder zu seinen und schon gar nicht zu den Kernaufgaben des Gemeinderates zählen. Es könnte ja sein, die Öffentlichkeit erwartet ein Umdenken.

UHU



Leerstand von Wohnungen gesetzlich verbieten

Keine Gentrifizierung bzw. Vertreibungsmodernisierung

Das Land Baden-Württemberg hat ein Rahmengesetz beschlossen, nach dem die Städte und Gemeinden zukünftig per Satzung die Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten können. Auch der Leerstand von Wohnungen zählt jetzt als Zweckentfremdung. Auch und gerade in der Heidenheimer Oststadt ist ein großer Leerstand an Wohnungen zu erkennen. Viele Wohnungen befinden sich in einem schlechten Zustand. Nässe und Schimmelbildung sind die Folgen. Mit den Regeln des Marktes jedoch sind die Wohnungsprobleme nicht zu lösen. Notwendig ist eine Politik, die die Schaffung von Wohnungen nicht mehr als Ware begreift, sondern als Einlösung des

Grundrechtes, das der sozialen Daseinsvorsorge zu dienen hat. Die Stadt Heidenheim hat einen Antrag beim Regierungspräsidium



Leerstand in der Oststadt

gestellt, die Oststadt in ein Sanierungsprogramm aufzunehmen. Etwa 3400 Menschen leben in diesem Stadtteil. Die DKP unterstützt diesen Antrag. Mit dem Sanierungsprogramm, so DKP-Stadtrat

Reinhard Püschel, das ja mit Steuergeldern finanziert wird, kann durch eine Kommunalisierung bezahlbarer Mietwohnraum gesichert werden. Die Oststadt muss für die Menschen, also für Familien, Alleinerziehende oder für Senioren als ein Wohngebiet mit Zukunft entwickelt und erhalten werden. Zudem braucht das Wohngebiet Oststadt eine Erhaltungs- und Sanierungssatzung, sowie Milieuschutz. Bei Verkäufen von Wohn- oder Industriegebäuden oder Grundstücken im Sanierungsgebiet soll die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Wichtig für die DKP ist, dass die Stadt Heidenheim eine Satzung zum Wohnraumzweckentfremdungsverbot beschließt. ★

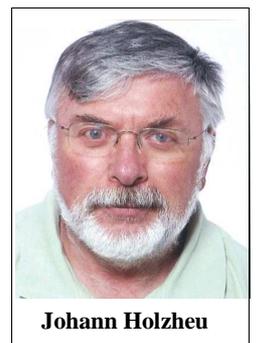
Juden nach Auschwitz deportiert - Friedrich Degeler als Begleitkommandeur

Nach einem Buch der Historikerin Tanja von Fransecky „Flucht von Juden aus Deportationszügen...“ (Berlin 2014, S. 304) wurde der Heidenheimer Friedrich Degeler (Schutzpolizei) zweifelsfrei als Transportführer identifiziert. Min-

kammern ermordet. Der zweite Transport umfasste 210 Juden, über deren Schicksal im Einzelnen wenig bekannt ist, die allermeisten dürften jedoch ebenfalls umgekommen sein.

Friedrich Degeler konnte nach der Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft sein Leben unbehelligt weiterführen und galt als unbescholtener Bürger. Von 1968 bis 1972 war er CDU-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg. Aufgrund seines lokalpolitischen Engagements in Heidenheim wurde 1996 der Platz vor dem Rathaus nach ihm benannt. DKP - Stadtrat Reinhard Püschel

wendet sich an den Oberbürgermeister und den Gemeinderat der Stadt Heidenheim mit dem Antrag, den



Johann Holzheu

Friedrich-Degeler-Platz umzubenennen: „Meiner Ansicht nach könnte der Platz vor dem Rathaus ganz neutral den Namen „Rathaus-Platz“ tragen“. Wären die Fakten damals der Öffentlichkeit bekannt gewesen, hätte der Platz bestimmt niemals den Namen Friedrich-Degeler-Platz erhalten. Nach ersten Reaktionen des Oberbürgermeisters und von CDU-Stadträten wird es zu keiner Diskussion im Gemeinderat kommen. ★



destens zwei Transporte von Juden befehligte er ins KZ Auschwitz. Der erste Transport umfasste 1004 Juden, darunter 160 Kinder. Von diesen 1004 Menschen wurden sofort nach Ankunft 498 in den Gas-

Hier Rechtsstaat – da Unrechtsstaat?

Ein Vergleich

Die Hetze, mit der ungebrochen auch nach 25 Jahren noch immer gegen die DDR zu Felde gezogen wird, lässt eigentlich nur einen Schluss zu: Man hat mächtig Angst vor der Ausstrahlung dessen, was dieser Staat darstellte.

Auch dass sein Name – einzigartig im Sprachgebrauch – nur mit dem dämlichen Zusatz „ehemalig“ verwendet wird, soll signalisieren: Dieser Staat ist ein für alle Mal vorbei.

Was ist staatliches Unrecht?

Und um ja keine positiven Reaktionen aufkommen zu lassen, wird die „ehemalige DDR“ mit der ebenfalls einzigartigen Kategorie „Unrechtsstaat“ bedacht, ein Begriff, den es juristisch nicht gibt, ebenso wenig wie es Länder gibt, in denen nie Unrecht geschieht.

Bei Lichte besehen stand die DDR, die zu den zehn stärksten Industrienationen zählte, sehr gut da: den Menschen ging es gut, alle hatten Arbeit, Bildung, bezahlbare Wohnungen, Kultur ... Es gab weder Obdachlosigkeit, noch Armut und daher weder Tafeln, noch Kleiderkammern, geschweige denn Zwangsarbeit zum Hungerlohn wie Hartz IV.

Auf welcher Seite liegt die „Macht“ im Staat?

Demonstrationen gegen Staat und Regierung wurden unterbunden im Gegensatz zur BRD, wo man demonstrieren darf, aber die Herrschenden machen trotzdem, was sie wollen und verschärfen permanent die Ausbeutung. Zudem kann es – wenn das Kapital seine Pfründe gefährdet sieht – gefährlich werden. Weil sie für Frieden, Freiheit und Antifaschismus demonstriert haben, wurden sie erschossen (Philipp Müller 1952, Benno Ohnsorg 1967) oder mit dem Wasserwerfer totgefahren (Günter Sare 1985).

Die Gegenwart

Auch Asylsuchende müssen um ihr Leben fürchten, nicht nur wegen faschistischer Mörderbanden, die mit Unterstützung bzw. Duldung des Verfassungsschutzes sie ermorden und ihre Häuser anzünden, sondern auch wegen Misshandlung durch staatliches Personal, das sie bei lebendigem Leib verbrennen lässt (Oury Yaloh 2005) oder quält wie jüngst in NRW. Auch die vielen hundert Menschen, die den „schwarzen Donnerstag“ in Stuttgart erlebten, mussten viel Leid ertragen.

Verleumdung wird heute noch hofiert
Richtig, viele DDR-Bürger haben

der Westpropaganda geglaubt und ihr Land verlassen, sind geflohen; und je grausigere Schauergeschichten sie erzählten, umso mehr wurden sie hofiert.

Wandlung durch Annäherung

Fakt ist aber auch: seit Anfang der 1980er Jahre konnte jeder DDR-Rentner (Rentnerinnen ab 60 Jahre) ohne weiteres die BRD besuchen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. 1988 besuchten 6.700.000 mal Rentner die BRD oder Westberlin. Hinzu kommen 1,1 Millionen, die aufgrund dringender Familienangelegenheiten in den Westen kamen. Diese Zahlen sind nicht aus dunklen Stasi-Unterlagen, sondern stammen aus dem Bayernkurier vom 11.10.2014.

Sozialismus bedeutet Frieden

Von diesen Millionen Menschen (natürlich sind dabei auch Mehrfachbesuche enthalten) nutzten gerade einmal 1 Promille, einer von Tausend, die Gelegenheit zur „Flucht“ (WDR, 9.9.2004). Alle anderen kehrten dahin zurück, wo es ihnen gut ging und sie ein gesichertes Leben hatten, in ihren „Unrechtsstaat“, von dem - als einzigem deutschen Staat – nie ein Krieg ausging.



Diese Broschüre der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) ist auch über die DKP Heidenheim bei Altstadtrat Huber zum Preis von 1,- Euro erhältlich

DIANA K., 28, ÜBER DIE ENTLASSUNG IHRER MUTTER.

»SIE HAT DEM CHEF WIDERSPROCHEN – SO KENNT SIE DAS HALT AUS DER DDR.«

Was haben wir mit der DDR verloren? Welche Freiheit haben wir mit der „Wende“ gewonnen? Was steht hinter der Mauer-Stasi-Propaganda von Gauck und Co.?

WIR, DIE DDR UND EINE ZUKUNFT OHNE KAPITALISMUS - 36 SEITEN, 1 EURO - BEI DER SDAJ-GRUPPE IN DEINER STADT.

AKW – Gundremmingen sofort abschalten!

Bei Großunfällen müssen zukünftig große Gebiete evakuiert und eventuell für immer entvölkert werden.

Das bayerische AKW-Gundremmingen ist das größte und älteste Atomkraftwerk Deutschlands. Jedes Jahr werden 50.000 kg Atommüll erzeugt. In den vergangenen Monaten stand das AKW häufig in der Kritik. Atomexperten stellten fest, dass die betroffenen Anlageteile dem aktuellen Stand der Wissenschaft und der Technik nicht mehr entsprechen. Gemeint sei u. a. die Bodenschweißnaht des Reaktorbehälters die erhöhten Spannungen nicht mehr standhalte oder das nicht mehr leistungsfähige Not- und Nachkühlsystem der Reaktoren. Vor

einigen Monaten hat die Strahlenschutzkommission (SSK) der Bundesregierung festgestellt, dass bei einem Großunfall in einem Atomkraftwerk vielmehr Menschen bedroht sind als bisher angenommen. Die Erkenntnisse aus der Katastrophe in Fukushima zeigen, dass bei einem Großunfall zukünftig große Gebiete evakuiert und eventuell für immer entvölkert werden müssen. Auch Heidenheim könnte betroffen sein. Der Katastrophenschutz ist Aufgabe der Länder. Diese müssen entsprechende Gesetze beschließen. DKP-

Stadtrat Püschel stellte daher einen Antrag an den Gemeinderat, dass die Stadtverwaltung zusammen mit dem Landrat samt sich gegenüber dem Land stark mache damit Katastrophenschutzpläne erstellt und Katastrophenschutzübungen durchgeführt werden. Die Menschen müssen realistisch über die möglichen Unfälle und die dann notwendigen Schutzmaßnahmen aufgeklärt werden.



Wilhelm Benz



Verstrahlter Bauschutt auf Deponien?

Der Rück- bzw. Abbau von Atomkraftwerken (AKW) verursacht verstrahltes Abrissmaterial. Damit dieses Abrissmaterial auch entsprechend als Bauschutt gelagert werden kann, wurde im Jahr 2001 eine Neufassung der Strahlenschutzverordnung beschlossen. Seitdem sind die Grenzwerte stark herabgesetzt. Die zuständigen Behörden können somit eine

Freigabe des Abrissmaterials aus AKW erteilen. Der so "freigemessene" Atommüll ist dann per Definition keiner mehr, obwohl er noch strahlt. Er darf wie ganz normaler Bauschutt und Schrott gelagert, verbrannt oder sogar recycelt werden. Die AKW Stade und Obrigheim sind im Rückbau befindlich. Deren Schutt lagert bereits dank Freimessung auf

Deponien. Dies nahm der Kommunalpolitische Arbeitskreis der DKP zum Anlass beim Kreisabfallwirtschaftsbetrieb nachzufragen: Hat der Kreisabfallwirtschaftsbetrieb Heidenheim in der Vergangenheit „freigemessenen“ verstrahlten Bauschutt aus in Deutschland rückgebauten AKW angenommen und würde er dies in Zukunft tun? Wäre die Behörde bereit, sich öffentlich gegen eine solche Lagerung von Bauschutt rückgebauter AKW auszusprechen?



Immer mehr Stromsperrern

Immer mehr Menschen sind ohne Licht, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. 344.798 Kunden wurde 2013 zeitweise der Strom abgeschaltet, so in einem Papier der Bundesnetzagentur. Das waren demnach gut 23.000 Sperrungen mehr als im Jahr 2012. Die Stromsperrern sind ein Anschlag gegen die Menschenwürde

meint die DKP. Jahrelang sei zugunsten der Großkonzerne eine Energiepolitik betrieben worden, während private Verbraucher übermäßig mit Kosten belastet wurden. So sei seit 2008 der Strompreis für die Industrie um 13 bis 15 Prozent gestiegen für die Privatverbraucher aber um 38 Prozent. Die Stromsperrern bedeuten,

dass rund eine Million Menschen in Deutschland 2013 im Dunkeln saßen, keine Wäsche waschen und keine warme Mahlzeiten zubereiten konnten. Stromsperrern, so die DKP, gehören gesetzlich verboten. Mehrere schriftliche Anfragen der DKP beim Jobcenter und bei den Heidenheimer Stadtwerken, wie viele Heidenheimern eine Stromsperrern erhielten, wurden unvollständig beantwortet.



Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte senden an: Reinhard Püschel, Friedenstraße 8, 89522 Heidenheim

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!